CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland – Lorraine – Luxembourg - Rheinland-Pfalz - Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Empfehlung

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der Großregion

Der Interregionale Parlamentarier-Rat, zusammengekommen in seiner Plenarsitzung am 16. Mai 2014 in Trier,

unter Berücksichtigung

A. der Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates zur Energiepolitik der Großregion von 15. Dezember 2006,

B. der Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates bezüglich der Nutzung Erneuerbarer Energien in der Großregion von 15. Mai 2009,

C. der Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates zur Windenergie in der Großregion von 7. Dezember 2012,

D. der Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates über die Rolle der lokalen Akteure bei der Umsetzung klimapolitischer Entscheidungen von 21. Juni 2013,

E. der gemeinsamen Erklärung des Gipfels der Großregion von 24. Januar 2013 in Pont-à-Mousson,

F. der Ergebnisse des Zwischengipfels zur Energiepolitik von 17. März 2014 in Trier,

G. der Ergebnisse der Konferenz zur Energie in der Grossregion des IPR vom 4. April 2014 in Trier,

H. der auf Ebene der Europäischen Union formulierten Ziele Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energiequellen am Energieverbrauch der EU um 20 % bis zum Jahr 2020, die Reduktion der THG-Emissionen in der EU gegenüber dem Stand von 1990 und Einsparung von 20% des prognostizierten Energieverbrauchs (Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen),

I. der sich darauf beziehenden Verpflichtungen Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Luxemburgs, den Anteil der Energieproduktion am Endenergieverbrauch aus erneuerbaren Quellen im Jahr 2020 auf 23 %, 18 %, 13 % bzw. 11 % zu erhöhen,

J. des Grünbuchs der Europäischen Kommission „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“ von 27. März 2013 (COM(2013)169final)

K. der dazu gefassten Stellungnahme des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union von 30. Januar 2014 (ENVE-V-038),

L. der Feststellung des IPR, dass es in der Großregion keine gemeinsame Sicht der Atomenergie gibt,

äußert sich auf Vorschlag der Kommission 4 „Umwelt und Landwirtschaft“, die sich am 4. April 2014 zu diesem Thema in Trier getroffen hat, wie folgt:

Der Interregionale Parlamentarier-Rat der Großregion

1. verfolgt nachdrücklich die Ziele der nachhaltigen Sicherung der Energieversorgung, der Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie der Förderung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung in der Großregion;

2. ist davon überzeugt, dass die Zielvorstellungen Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung in der Großregion miteinander vereinbar sind und begrüßt, dass die gemeinsame Erklärung des 12. Gipfels die Aufstellung einer gemeinsamen Klimaschutzstrategie für die Großregion postuliert;

3. begrüßt weiterhin die Festschreibung der Förderung Erneuerbarer Energien und des Klimaschutzes als ausdrückliche Prioritäten der rheinland-pfälzischen Gipfelpräsidentschaft;

4. befürwortet das Vorhaben des Gipfels, die Großregion zu einer europäischen Modellregion für die Energiewende entwickeln zu wollen und fordert vom Gipfel eine zeitnahe Konkretisierung dieser Bemühungen;

5. unterstreicht die schon in früheren Empfehlungen formulierte Überzeugung, dass die Förderung verstärkt dezentraler Energieerzeugung regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Großregion schaffen kann;

6. betont, die Bürger der Großregion verstärkt an der durch erneuerbare Energien entstehende Wertschöpfung teilhaben zu lassen und so auch die Akzeptanz für neue Energiegewinnungsformen zu verstärken,

7. erkennt in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie ein vielfältiges Entwicklungspotenzial an Erneuerbaren Energien in der Großregion und spricht sich für einen angemessenen Energiemix unter Berücksichtigung der Aspekte ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Rentabilität aus;

8. sieht weiterhin eine beträchtliche Bedeutung des Holzsektors für die Energiepolitik und die wirtschaftliche Entwicklung der Großregion;

9. erinnert daran, dass die fossilen Energiereserven in wenigen Ländern konzentriert sind und dass ohne grundlegende Neuorientierungen der europäischen Energiepolitik eine Importabhängigkeit droht;

10. zeigt sich besorgt angesichts des Preisanstiegs für Erdöl und Erdgas und des Anstiegs der Strompreise für die Verbraucherinnen und Verbraucher in den vergangenen Jahren;

11. setzt sich ein für die Berücksichtigung und Offenlegung der Gesamtkosten der einzelnen Energieformen;

12. sieht sich durch die genannten Entwicklungen in seiner Auffassung bestärkt, dass die Förderung regionaler Energieerzeugung zur Sicherung der Energieversorgung der Großregion und zur politischen Stabilität ganz Europas beiträgt;

13. fordert die Exekutiven auf, die Preisentwicklung im Energiebereich aufmerksam zu verfolgen, damit die Kosten für einkommensschwache Bevölkerungsteile nicht auf ein unzumutbares Maß anwachsen;

14. fordert die Exekutiven auf, bei den gemeinsamen Strategien die wirtschaftlichen Interessen innerhalb der Großregion angemessen zu berücksichtigen. Mit den Initiativen im Bereich der Energiepolitik muss eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts der Großregion einhergehen;

15. sieht einen großen Bedarf an finanziellen Ressourcen zur Modernisierung der Energiesysteme innerhalb der Großregion;

16. unterstreicht seine bereits in früheren Empfehlungen geäußerte Forderung, wonach die angespannten Haushaltssituationen der Länder und Regionen nicht zu einem Rückgang der Investitionen in Erneuerbare Energien führen dürfen;

17. teilt die Auffassung des Ausschusses der Regionen, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften angemessen ausgestattet sein müssen, um ihrer entscheidende Rolle bei der Energiewende gerecht werden zu können und fordert die nationale Ebene auf, dies sicherzustellen;

18. ruft in Erinnerung, dass sich die Voraussetzungen in den Ländern aufgrund von geografischen, historischen und politischen Faktoren beträchtlich unterscheiden und merkt an, dass in den Teilregionen ganz unterschiedliche Systeme zur Förderung Erneuerbarer Energien angewandt werden;

19. empfiehlt die gründliche Erforschung zur Speicherung Erneuerbarer Energien, da so ihre nachhaltige und wirtschaftliche Einbindung in die Stromnetze der Großregion ermöglicht wird;

20. erachtet eine wirksame Energieeffizienzpolitik als ganz wesentlichen Baustein der politischen Strategien für die Großregion;

21. erinnert dabei an seine bereits mehrfach geäußerte Forderung nach der Fortentwicklung intelligenter Stromnetze („smart grids“) als einem wichtigen Aspekt der Energieeffizienz;

22. betont die große Bedeutung der thermischen Energie, die im Verhältnis zum Strombereich den weitaus gewichtigeren Anteil am Energieverbrauch in der Großregion hat;

23. sieht großen Handlungsbedarf, was die Energieeffizienz von Gebäuden angeht;

24. betont, dass die sukzessive Optimierung der Energieeffizienz im Verkehrssektor, insbesondere im öffentlichen Nahverkehr, von entscheidender Bedeutung ist und verweist auf die Ergebnisse des Fachkongresses des Interregionalen Parlamentarier-Rates zur Verkehrspolitik in der Großregion;

25. fordert die Exekutiven der Großregion dazu auf, den fachlichen und politischen Austausch im Bereich der Energiepolitik zwischen den Teilregionen zu intensivieren, um ein gemeinsames Bezugssystem entwickeln zu können;

26. sieht großes Handlungspotenzial in der grenzüberschreitenden Vernetzung verschiedenster Akteure, wie Behörden, Unternehmen, Verbänden oder Hochschulen;

27. spricht sich für eine verstärkte interregionale Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung aus;

28. knüpft an seine Forderung nach dem Aufbau grenzüberschreitender Referenzpole auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien an nennt beispielhaft das *Grenzüberschreitende Netzwerk Energieeffizienz und Erneuerbare Energien* (ENEFF) der Partner Lothringen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland;

29. begrüßt ausdrücklich das Vorhaben des Gipfels, das Projekt ENEFF auf die ganze Großregion auszudehnen und befürwortet ebenso die erfolgte Gründung eines Netzwerks Umweltcluster der Großregion;

30. sieht in der Großregion das Potenzial zur Entwicklung einer Modellregion für Umwelttechnologien und Nachhaltigkeit;

31. erwähnt diesbezüglich die Bedeutung des Verbunds Universität der Großregion zur Entwicklung gemeinsamer, grenzüberschreitender Forschungsprojekte;

32. betont die enorme Bedeutung der Fördermittel der Europäischen Union bei der Verwirklichung grenzüberschreitender Projekte und sieht in den Strukturfonds der Europäischen Union, insbesondere in der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit mit der Gemeinschaftsinitiative INTERREG, essentielle Instrumente zur konkreten Umsetzung politischer Strategien;

33. fordert die Exekutiven auf, bei der Ausarbeitung der einzelstaatlichen Rahmenpläne und operationellen Programme für den Zeitraum 2014-2020 die durch die EU-Kohäsionspolitik bereitgestellten Ressourcen gewinnbringend und sinnvoll zu nutzen;

34. spricht sich für eine bessere Kommunizierung politischer Initiativen gegenüber der Öffentlichkeit aus und fordert von den Exekutiven eine verstärkte Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für diese Thematik;

35. spricht sich bei der Planung und Umsetzung von Projekten zur Nutzung erneuerbarer Energien in Grenznähe für eine konsequente Kommunikation und Absprache aller Beteiligten über die Grenzen hinweg aus, damit die Interessen aller Bürger der betroffenen Grenzregionen Berücksichtigung finden;

36. empfiehlt eine verstärkte konkrete interregionale und europäische Zusammenarbeit der Exekutiven, insbesondere der Energieagenturen.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat richtet die vorliegende Empfehlung an

- den Regionalrat Lothringen
- den Präfekten der Region Lothringen
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- die Regierung der Fédération Wallonie-Bruxelles
- die Regierung der Wallonie
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
- die Regierung von Rheinland-Pfalz
- die Regierung des Saarlandes
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
- die Regierung der Französischen Republik
- die Regierung des Königreichs Belgien
- die Europäische Kommission
- das Europäische Parlament
- die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Großregion
- die interregionale Gruppe Saar-Lor-Lux im Ausschuss der Regionen der EU

Trier, den 16. Mai 2014